

worden. Lehmann ist am 21. Juni 1886 in Bernstadt geboren und ein durchaus verkommener und verlotterter Bursche. Er ist bereits polizeilich vorbestraft und ist kürzlich wegen mehrfacher Bodeneinbrüche zur Anzeige gekommen. Lehmann leugnete zunächst hartnäckig, den Mord begangen zu haben, unter der Fülle des von der Kriminalpolizei aufgetragenen erdrückenden Überführungsmaterials hat er jedoch nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt. Lehmann will die Tat aus Rache gegen Frau Danneberg, die ihn öfters schlecht gemacht habe, verübt und die Schmudgegenstände nur nebenbei sich angeeignet, auch derselben sich sofort nach der Tat durch Abwerfen in den Abort wieder entledigt haben. Komplizen oder Mitwisser hat Lehmann nach seinem Geständnisse nicht gehabt.

Der Altwarenhändler Karl Heinrich Göhler aus Hennersdorf, welcher beschuldigt war, am 9. September in Lodwitz ein 3jähriges Kind überfahren und verletzt zu haben, wurde vom Rgl. Landgericht Dresden freigesprochen.

Professor Dr. Schilling in Dresden, der geniale Schöpfer des Niederwald-Denkmal, hat für einen Zierbrunnen, der auf dem neugepflasterten Marktplatz seiner Vaterstadt Wittweida aufgestellt werden soll, mehrere Entwürfe hergestellt, die in seinem Atelier von mehreren Mitgliedern des Ratskollegiums besichtigt wurden. Der eine Entwurf stellt einen Friedensengel auf hohem Postament dar. Der zweite Entwurf zeigt eine anmutige Frauengestalt, die sich schmerzhaft, mit hochgehobenem Krug, aus dem Wasser fließt. Beide Entwürfe sollen in nächster Zeit in Wittweida öffentlich ausgestellt werden.

Der Rat zu Zwickau hat Kenntnis genommen von einer Entscheidung des Rgl. Oberverwaltungsgerichtes, die dahin geht, daß ein Grundstückbesitzer zur Bezahlung der Trottoirkosten auch entlang einer unbebauten Parzelle dann verpflichtet ist, wenn diese mit dem überbauten Teile des Grund und Bodens in räumlichem Zusammenhange steht und auch wirtschaftlich mit ihm eine Einheit bildet, also als Baugrundstück mit anzusehen ist, sowie daß die Anlieger zur Erstattung der Kosten für eine erst später ausgeführte Befestigung der Fußwege verpflichtet sind, auch wenn die erstmalige Straßenherstellung im wohlfahrtspolizeilichen Interesse erfolgt ist.

Von dem in Annaberg abgängigen Lehrer Rindt hat man noch immer keine Spur entdeckt. Jetzt wird nun im Nachbarorte Neudorf auch der in den 30er Jahren stehende Werkführer Müller vermisst. Derselbe litt an Verfolgungswahn und es gelang ihm, trotzdem er stets bewacht wurde, zu entkommen.

**Großschadowitz**, 4. Dez. Am gestrigen Nachmittag in der 3. Stunde ist der 11jährige Knabe des hiesigen Einwohnere Spaniger aus dem 10 Meter über dem Erdboden befindlichen Küchenfenster gestürzt. Während die Eltern abwesend waren, ist der Knabe auf das Fensterbrett gestiegen und hat vom Fenstersims die daselbst entstandenen Eiszapfen abbrechen wollen. Der Verunglückte erlitt einen Schädel-, sowie einen Arm- und Beinbruch. Er wurde ins Carolahaus nach Dresden gebracht.

**Freiberg**. Die hiesige Bergakademie wird nur von 74 Sachsen, 119 anderen Deutschen und 294 Ausländern besucht.

**Weißen**. In einer hier abgehaltenen Sitzung der Rachenfabrikanten wurde beschlossen: „Da der von den Töpfergehilfen ingenierte Verbandsaustritt nur ein scheinbarer ist und, wie in der am Freitag, den 27. November, in Weißen abgehaltenen öffentlichen Versammlung von den Führern der Arbeitnehmer offen ausgesprochen worden ist, nur als Kampf- und Machtmittel angewendet wurde, so sprechen wir hiermit den bei uns beschäftigten Töpfergehilfen bedingungslos die Kündigung aus und sperren die Arbeit bis zur Beendigung des Weißen-Fürstenerwalder Streites.“

**Rosfen**. Ergötzlich ist, was auch in diesem Jahre die Wahlbewegung für die soeben stattgefundene hiesige Stadtverordnetenwahl zeitigte. Der „Rosfener Anzeiger“ ist schon seit mehreren Tagen täglich mit großen und kleinen Wahlinseraten gefüllt. Lebhaft geht es dabei zu. U. a. sprechen auch die Festbesoldeten ein Wortchen mit, weil der Abzug eines Fünftels von den Stadtanlagen für Festbesoldete bedroht ist. Aber die Zahl der Streitobjekte ist auch ohnedem groß genug. In einer Annonce heißt es z. B.: „Mugen aber! Wer will, daß 1. in unserem Stadtverordnetenkollegium der frühere leidenschaftliche, gehässige Ton in den Verhandlungen wiederkehren soll und 2. dadurch unser Rosfen in allen sächsischen Blättern als Zan- und Streit-Ort rumgetragen wird und 3. Hauptpunkte in den Stadtverordnetenversammlungen hinter verschlossenen Türen, also nicht öffentlich, verhandelt, beraten und beschlossen werden, der wähle mit dem Bürgerverein! Wer das nicht will, der wähle die Kandidaten des Gewerbevereins.“ Eine andere Annonce besagt: „Wer nicht will, daß in der Stadtverordnetenversammlung nur noch die Meinung von Buzger-Wagner und Genossen zu hören ist, lasse die alten erprobten Männer nicht fallen und wähle usw.“ — Ferner fragte einer: „1. Was hat August durch sein Geschäft mit der Stadt über den Bau mit der Schulstraße verdient? 2. Will er durch seine warm empfohlenen Freunde wieder Stadtrat werden und wieder so ein Geschäft machen?“ — Andere hübsche Annoncen lauten: „Die Wühlmäuse sind auf dem Plane! Mäuse paßt auf! Der Oberwühlkater sitzt vor dem Loch!“ usw.

**Frankenberg**. Das reine Vermögen der Stadt Frankenberg betrug Ende des Jahres 1902 nach Abzug der Schulden 872 774 M. Dazu kommt noch das Stiftungsvermögen, das sich auf 601 198 M. beläuft.

**Golditz**. In einer am Mittwoch abend hier abgehaltenen, von Geschäftsleuten besuchten Versammlung berichtete Stadtrat Lohse über die Erfahrungen, die anderwärts mit dem Rabattsparvereinswesen gemacht worden sind. Es wurde die Gründung eines Rabattsparvereins beschlossen, dem sofort 27 Geschäftsinhaber beitraten.

**Hainichen**. In der letzten Ratsitzung wurde beschlossen, daß wegen weiterer Betreibung des Eisenbahnplanes Freiberg—Hainichen eine Ausschussitzung stattfinden soll.

**Leipzig**. Die Stadtverordneten beschlossen erneut, daß den Straßenbahnen eine Erhöhung des Tarifs nicht zuzubilligen sei, da eine Notlage der beiden Gesellschaften nicht vorliege.

**Pausa**. Ein frecher Raubanfall ist am Dienstag abend zwischen Wallengrün und Unterreichenau in der sogenannten „Fuchsdiel“ an dem Gutsbesitzer Franz Schred in Wallengrün verübt worden. Schred war am Abend des genannten Tages im Gasthose zu Ranpach eingekehrt. Als er sich nach längerem Aufenthalt entfernte, forderte er einen von zwei anwesenden Handwerksburschen auf, ihn bis zur Stadt zu begleiten, da er viel Geld bei sich habe. Als Belohnung für den Liebesdienst versprach er dem Handwerksburschen 3 M. Der Fremde ging ohne weiteres auf den Wunsch ein und gab Schred das Geleit bis nach Pausa. Dort erhielt er von letzterem die Weisung, in der Herberge zu übernachten; die Kosten wollte Schred tragen. Schred ging nun allein seines Weges weiter und strebte seinem Heime zu. Der Fremde ging jedoch nicht zur Herberge, sondern folgte dem Gutsbesitzer, dessen etwas unvorsichtige Äußerung vom „vielen Geld“ wohl seine Habgier angeregt hatte. Bei der oben erwähnten „Fuchsdiel“ überfiel er den Ahnungslosen und schlug ihn mit einem starken Knotenstod mehrere Male derart über den Kopf und in das Gesicht, daß der Getroffene besinnungslos zusammensank. Dann beraubte der Unhold den Bewußtlosen des Geldes, warf ihn in die Weida und entlof. Der Überfallene erlangte nach einiger Zeit die Besinnung wieder; es gelang ihm, sich bis an sein Wohnhaus zu schleppen, wo er vor Erschöpfung und Schmerz zusammenbrach. Die Gendarmerie entsendet eine lebhaftige Tätigkeit, um den Räuber zu ermitteln und festzunehmen.

**Ruppertsgrün**, 4. Dez. Der Arbeiterin Anna Reizer von hier, welche in einer Spinneret-Wolf geriet, wurde die rechte Hand abgerissen.

**Schneeberg**. Der Gemeinderat zu Oberschlema wählte Rats- und Polizeiregistrator Kluge in Königsbrück zum Gemeindevorstand dieses Ortes. Eingegangen waren 118 Bewerbungsgeluche.

**Werdau**. Zu dem Crimmitschauer Textilarbeiterstreit berichtet das „Werdauer Tagebl.“: Heute mittag machte der Stadtrat zu Crimmitschau gemeinsam mit der Amtshauptmannschaft zu Zwickau bekannt, daß im Streitgebiet wegen Belästigung der Arbeitswilligen und der in Crimmitschau ankommenden fremden Arbeiter von heute an alle öffentlichen Um- und Auszüge und Vergnügungen und Versammlungen, öffentliche und nichtöffentliche, zu unterbleiben haben, sowie, daß sämtliche Schank- und Gastwirtschaften mit alleiniger Ausnahme der Bahnhofswirtschaft, von nachts 12 Uhr bis 6 Uhr früh für allen Verkehr geschlossen zu halten sind.

**Johanngeorgenstadt**. Bei den am 1. Dezember stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen siegte abermals die Liste des „Vereins für Förderung volkstümlicher Wahlen“ (Sozialdemokraten), die allerdings auch die Namen von Bürgern anderer Parteien enthielt, trotz aller Agitation der Ordnungsparteien, mit etwa 40 Stimmen Mehrheit. Von 604 stimmberechtigten Bürgern wählten 489.

**Johanngeorgenstadt**. Einem vor Wochen gefaßten Beschlusse des Stadtgemeinderates, den hiesigen Rathausaal allen politischen Parteien zu Versammlungszwecken überlassen zu wollen, wurde von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg die Bestätigung verweigert. In seiner letzten Sitzung nahm nun der Stadtgemeinderat den Antrag des Herrn Bürgermeister Müller, den Rathausaal zu politischen Zwecken überhaupt nicht herzugeben, einstimmig an.

**Baugen**. Der Stadtrat gibt bekannt, daß weibliche Personen, die Gäste bedienen, nicht an die Tische der Gäste sich setzen oder mit den Gästen gemeinschaftlich zechen dürfen, auch ist ihnen aufdringliches Auffordern der Gäste zum Trinken — sog. Animieren — verboten. Wirte und ihre Stellvertreter, die solches verbotenes Verhalten der Bediensteten dulden oder sie gar dazu veranlassen, machen sich strafbar. Da man derartige Bestimmungen nicht wegen eines Einzelfalles erläßt, scheinen die Bauhner keinen Zweck — ja eine ganz gefährliche Sorte zu sein. Im übrigen sind die Bauhner Schutzleute nicht zu beneiden, welche über die schwierige Frage „Aufdringlich oder liebenswürdig“ zu entscheiden haben werden.

#### Tagesgeschichte.

**Berlin**. Der Reichstag wählte in seiner Sitzung am Freitag den Grafen Ballestrem mit 250 von 355 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten wieder. Zwei Stimmen fielen auf Graf Stolberg, eine auf Liebermann v. Sonnenberg, 102 Stimmzettel waren ungültig, d. h. unbeschrieben. Unter dem Vorsitze des Grafen v. Ballestrem fand darauf die Wahl des ersten Vizepräsidenten statt, für dessen Posten die Sozialdemokraten Singer präferiert haben. Aber „Genosse“ Singer erlebte einen großen Hereinfall, er erhielt nur 68 Stimmen, nicht einmal jämi-

liche Stimmen seiner anwesenden „Genossen“, von denen 2 Revisionisten je 1 Stimme für v. Vollmar und Bernke abgegeben hatten. Graf von Stolberg wurde als 1. und Dr. Paasche als 2. Vizepräsident gewählt.

Der Gesetzentwurf betr. die Änderungen im Finanzwesen des Reichs ist dem Reichstage zugegangen und gleichzeitig von der „Nordd. Allg. Ztg.“ seinem Wortlaut nach veröffentlicht worden. Der Entwurf besteht aus vier Paragraphen. Nach § 1 werden die Vorschriften über die Überweisung eines Teils des Ertrages der Zölle und der Tabaksteuer, des Ertrages der Stempelabgaben an die Bundesstaaten, sowie die Bestimmungen betreffend Verwendung von Mehrerträgen der Reicheinnahmen und Überweisungssteuern zur Schuldentilgung aufgehoben. Nach § 2 erhält der Artikel 70 der Verfassung eine veränderte Gestalt. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen ordentlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen, sowie aus den übrigen Verwaltungszweigen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. In soweit die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie, so lange die erforderlichen Dedungsmittel nicht auf andere Weise, insbesondere durch Einführung weiterer Reichsteuern beschafft werden, durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichszentraler ausgeschrieben werden. In soweit diese Beiträge in den Überweisungen keine Dedung finden, sind sie am Jahreschluss in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reichs dessen Bedarf übersteigen. Etwaige Überschüsse aus den Vorjahren dienen, insoweit durch das Gesetz über den Reichshaushalt nicht ein anderes bestimmt wird, zur Dedung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben. Nach § 3 soll der budgetmäßige Betrag der von den Bundesstaaten aufzubringenden Matrikularbeiträge in der Regel den Betrag der von ihnen in den fünf Vorjahren durchschnittlich empfangenen Überweisungen nicht überschreiten. Nach § 4 endlich soll das neue Gesetz, das als eine Frucht der bundesstaatlichen Finanzministerkonferenz zu betrachten ist, am 1. April 1904 in Kraft treten. Dem Gesetzentwurf ist eine sehr ausführliche allgemeine und spezielle Begründung beigegeben.

Das „Wohnhaus“ des Reichstagspräsidenten in Berlin ist fertiggestellt, bald nach Weihnachten wird es seiner Bestimmung übergeben werden. Die Baukosten belaufen sich auf 1 1/2 Millionen Mark. Das Gebäude ist so glänzend und prachtvoll hergerichtet und ausgestattet, daß die „Deutsche Tagesztg.“ meint, es sei doch wohl des Guten zu viel geschehen. In einem so prächtigen Hause kann nur ein Präsident wohnen und repräsentieren, der über reiche eigne Mittel verfügt. — Wenn Völker im Untergehen sind, verfallen sie in Luxus.

Der Reichszentraler hat dem Deutschen Landwirtschaftsrat eine Denkschrift über die Herkunft und die Beschäftigung der bei der Heeresergänzung 1902 gemusterten Militärpflichtigen überreicht. Hiernach stammen fast zwei Drittel aller Rekruten vom Lande und übertrifft die Tauglichkeit der auf dem Lande geborenen die der aus der Stadt stammenden Militärpflichtigen: 58 gegen 53 vom Hundert. Von je 100 Tauglichen (insgesamt 293955) waren 63 vom Lande, 36,73 geborene Städter.

Eine Aufstellung über den Reichspost- und Telegraphen-Verkehr wird dem Reichstag zugehen. Zu Beginn dieses Jahres gab es 32 542 Post- und 22 292 Telegraphenanstalten, ferner 16 292 Fernsprechanstalten, 106 074 Postbriefkasten. Beamte usw. waren 209 906 tätig. Befördert wurden 5515 Millionen Sendungen und 42 Millionen Telegramme. Briefe waren 5321 Millionen. Die Zahl der unbestellbaren Sendungen ist erfreulicherweise weiter gesunken. Ferngespräche sind 757 Millionen vermittelt worden. Die Wert- und Geldsendungen beliefen sich auf 26,2 Milliarden Mark. Der Überschuß ist von 20 Millionen im Jahre 1901 auf 42,4 Millionen Mark gestiegen, ein glänzendes Ergebnis.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Hammer (liberal) hatte im Wahlgesehensauschuß folgenden Antrag gestellt: „Beamte und Geistliche, welche dadurch zu öffentlichem Argernis Veranlassung geben, daß sie es in Ausübung ihres Amtes oder unter Mißbrauch ihres amtlichen oder kirchlichen Einflusses unternehmen, auf das Ergebnis der Wahlen zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einzuwirken, werden mit Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren belegt. Der Antrag stieß auf den Widerstand aller Parteien und wurde schließlich mit allen gegen die liberalen Stimmen abgelehnt. — Das Zentrum würde durch Annahme eines solchen Antrages allerdings seine sämtlichen geistlichen Agitatoren ans Messer liefern.“

Der „Lohnkampf“ der Ärzte. Die Zahl der Orte, an denen sich gegenwärtig die Ärzte mit Krankenkassen im Streit befinden, beträgt nach neuester Schätzung des Leipziger Verbandes 200. Zahlreiche neue Konflikte sind noch zu erwarten, so daß nach der „Münch. Med. Wchschr.“ am 1. Januar 1904 voraussichtlich 3000 Ärzte im Kampf um ihre Interessen stehen werden. Zu ihren Gunsten haben sich bisher erledigt die Streitigkeiten in Düsseldorf, Braunschweig, Langenbielau, Mühlhausen-Thüringen, München, Rheindt, Saalfeld, Stralsund, Stuttgart.

In einem dem „Berliner Lokalanz.“ zugegangenen Telegramm wird behauptet, daß das Allgemeinbefinden des Zaren nicht das beste sei. Der Zar sehe sehr nervös und abgesehen aus.

**Dortmund**, 4. Dez. Auf der Station Rauzel fuhr heute nachmittag der von Dortmund 3 Uhr 50 Minuten